

NORBERT REUTER

Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie

Ökologie versus Ökonomie

Ökonomie und Ökologie stehen sich traditionell weitgehend antagonistisch gegenüber, was auf die jeweiligen wirtschaftspolitischen Implikationen der zugrundeliegenden Ansätze zurückzuführen ist: Während die Ökonomie zur Lösung wirtschaftlicher Probleme wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Finanzierungsprobleme des Sozialstaats etc. in aller Regel ein höheres Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anstrebt und in der Formulierung der Bedingungen eines maximal erreichbaren Wachstums die zentrale ökonomische Aufgabe erkennt, sehen ökologisch fundierte Ansätze in genau diesem Wachstum das eigentliche Problem. In dem vielbeachteten Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit aus dem Jahr 1972 wurde die wachstumskritische Sichtweise zunächst mit der begrenzten Ressourcenverfügbarkeit begründet (vgl. Meadows/Meadows/Zahn/Milling 1972). Das Problem binnen weniger Generationen zur Neige gehender Ressourcen trat aber bereits wenige Zeit später einerseits wegen der systematischen Unterschätzung vorhandener natürlicher Rohstoffvorkommen und andererseits wegen schneller als prognostiziert eintretender ›neuer‹ ökologischer Grenzen des Wachstums wieder in den Hintergrund. Es erwies sich, daß die durch den weltweiten Industrialisierungs- und Wachstumsprozeß verursachten Schadstoffeinträge in die Umwelt die Regenerationsfähigkeit ökologischer Kreisläufe schneller als erwartet überforderten, so daß sich lange vor der Erschöpfung nicht-regenerierbarer Rohstoffe eine ökologische Katastrophe abzuzeichnen begann, die, sollten die weltweiten wirtschaftlichen Aktivitäten ungehemmt weiterlaufen, die Erde schnell unbewohnbar machen würde (vgl. Meadows/Meadows/Randers 1993). Indikatoren dieser die ›alten‹ gewissermaßen überholenden ›neuen‹ ökologischen Grenzen des Wachstums sind die miteinander zusammenhängenden Phänomene von Ozonloch, globaler Erwärmung und Anstieg des Meeresspiegels infolge des Abschmelzens der polaren Eismassen.

Zeitweise schien trotz dieser ökologisch definierten Wachstumsgrenzen eine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie erreichbar. Das Paradigma des sogenannten »nachhaltigen Wachstums« (sustainable development) steht für einen Wachstumstyp, der eine kontinuierliche Steigerung des BIP ohne eine entsprechende Erhöhung des Ressourceninputs und ohne eine steigende Inanspruchnahme der Senken¹ erlaubt. Dies sollte über »Effizienzsteigerungen, Einsparmaßnahmen, Recyclingverfahren, Umweltinnovationen und ökolo-

Norbert Reuter – Jg. 1960; Privatdozent, Dr. rer. pol., studierte Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaft an der Rheinisch Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der University of York/GB, ist zur Zeit Oberassistent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der RWTH Aachen, und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Veröffentlichungen zur institutionellen Ökonomik, Arbeitsmarktpolitik, Wachstumstheorie und wirtschaftlichen Entwicklung von Industriegesellschaften, u. a.: »Ökonomik der ›Langen Frist‹. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften« (Marburg 2000)

1 Mit ›Senke‹ wird die Endstation der Material- und Energieflüsse in einem System bezeichnet. Für täglich benutzte Materialien ist dies zum Beispiel die Müllhalde, für bei der Verbrennung entstehende Abgase ist es die Atmosphäre etc.

gische Modernisierung« (Bartmann 1999: 401) erreicht werden. Unabhängig von der Frage, ob weiteres Wachstum mit einer bestimmten Wachstumsrate tatsächlich ohne einen Anstieg des Ressourcenverbrauchs und ohne eine zunehmende Belastung der Senken möglich ist, zeigte sich recht bald, daß diese Maßnahmen in keinem Fall ausreichen würden, den Verbrauch von Ressourcen und den Ausstoß von Emissionen in den Industrieländern so zu reduzieren, daß der drohende ökologische Kollaps verhindert werden könnte. Hierfür müßte der Ressourcenverbrauch und der Emissionenausstoß in den Industrieländern in den kommenden fünf Dekaden nämlich nicht nur konstant gehalten, sondern um rund 80 Prozent vermindert werden (vgl. Sachs 1994; BUND/Misereor 1996: 80). Derartige Erfolge sind aber völlig ausgeschlossen, wenn dauerhafte Wachstumsbeschleunigung (nichts anderes bedeuten konstante Wachstumsraten) weiterhin oberstes Ziel der Ökonomie bleibt. Bereits bei einem Wirtschaftswachstum von nur zwei Prozent pro Jahr müßten technische Effizienzgewinne (also die Reduzierung des Rohstoff- und Energieverbrauchs je produzierter BIP-Einheit) in den nächsten 50 Jahren um den Faktor 25 steigen, was selbst einer noch so ambitioniert vorangetriebenen ›Effizienzrevolution‹ nicht gelingen kann.

Vor diesem Problemhintergrund hat die ökologisch fundierte Wachstumskritik, die für ein begrenztes Wachstum eintritt, an Gewicht gewonnen. Exponentielles Wirtschaftswachstum, also konstante Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum hinweg, ist demnach auch mit einer noch so ›qualitativen‹ Ausrichtung nicht mit ökologischen Anforderungen vereinbar, die irenische Formel eines ›nachhaltigen Wachstums‹ Illusion (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1999: 126-129).

Einer der prominentesten Vertreter der ökologischen Ökonomie, *Herman E. Daly* (1991; 1996), plädiert aus diesem Grunde für eine »steady state economy« mit konstantem Durchsatz (throughput) von Stoffen und Energie, ein Ziel, das für ihn letztlich nur mit Nullwachstum, also im langfristigen Trend gleichbleibendem BIP auf bereits erreichtem hohen Niveau in den Industrieländern, erreichbar ist. *Daly* (1987; 1996: 31 ff.) begründet seine Forderungen mit biophysikalischen Gesetzmäßigkeiten, die dem umwelttechnischen Fortschritt und angestrebten ›Effizienzrevolutionen‹ prinzipielle Grenzen setzen. Nur in einer weitgehend stationären Wirtschaft erscheint eine Anpassung der gesamtwirtschaftlichen Material- und Energieströme an die begrenzte Kapazität der Senken möglich.

Die gegenwärtige Diskussion im Rahmen der ökologischen Ökonomie ist daher von der Überzeugung getragen, daß der Dynamik des Wirtschaftswachstums exogene Grenzen gesetzt werden müssen, um die ökologischen Bedingungen auf unserem Planeten so zu erhalten, daß (menschliches) Leben auch in Zukunft möglich ist. Aus diesem Grunde gibt es eine breite Diskussion um notwendige »ökologische Leitplanken« (Hinterberger 1998; Priewe 1999), die die wirtschaftliche Entwicklung in eine ökologisch akzeptable Richtung lenken sollen. Ein Ansatz in dem Zusammenhang beruht darauf, daß, wie in der monetaristischen Theorie die Bundesbank die zukünftige Geldmenge festlegt, der Staat den Ressourcen-Input und die Menge an zulässigen Schadstoffen vorab definiert, in dessen Rahmen dann die

Wirtschaft wachsen kann, dieser also nach Maßgabe der technischen Entwicklung (Steigerung der Ressourceneffizienz, Verbesserung von Filtertechniken etc.) Expansionsgrenzen exogener Art gezogen werden.

Die ökologische Ökonomik geht damit von der Annahme aus, daß ohne derartige exogene Grenzen die Wirtschaft einen dynamischen, deshalb umwelt- und ressourcenzerstörenden Wachstumskurs beschreiten würde. Damit übernimmt sie allerdings die Perspektive, die weite Teile der von ihr sonst kritisierten Mainstream-Ökonomik teilen, nämlich die Vorstellung eines ›normalen‹ Wachstums, das sich durch konstante Wachstumsraten auszeichne. Wie hoch auch immer die ›normale‹ Wachstumsrate angesetzt wird – Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ging der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung noch von einem ›normalen‹ Wachstum von sechs Prozent im Jahr aus, das zum Maßstab einer erfolgreichen oder weniger erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung genommen wurde –, entscheidend ist die Unterstellung, daß das Wachstum in der realen Welt sich mittels einer Exponentialfunktion abbilden lasse, das ›normale‹ BIP also mit ständig wachsenden absoluten Beträgen pro Jahr zunehmen müsse. Gerade weil dieses ›*Denken in Wachstumsraten*‹ im Zusammenhang mit der Beurteilung wirtschaftlicher Entwicklungen eine derartige Bedeutung erlangt hat, es alle Kriterien einer Denkgeohnheit (Institution) erfüllt, die nicht mehr hinterfragt wird, ist nach dem empirischen Gehalt dieser Annahme zu fragen.

Die Tatsache, daß heutige Industrieländer auf eine einmalig lange Entwicklungsepoche von über fünf Dekaden zurückblicken können, die nicht durch Kriege oder sonstige makroökonomisch sich auswirkende exogene Ereignisse unterbrochen wurden, ermöglicht eine Darstellung, Analyse und Vergleich langfristiger Wachstumsverläufe und damit die Beantwortung der – bislang nicht gestellten, geschweige denn beantworteten – Frage, ob die für viele ökonomische Sachverhalte entscheidende Hintergrundannahme, exponentielles Wachstum sei der ›Normalfall‹ des industriellen Entwicklungstyps, durch die Empirie bestätigt wird. Da der Wachstumsverlauf der deutschen Wirtschaft als typisch für Industrieländer vorgestellt werden kann, wird zunächst ausführlicher auf diese Entwicklung eingegangen, bevor dann der Fokus auf weitere repräsentativ ausgewählte Industrieländer ausgeweitet wird.

Die deutsche Nachkriegsentwicklung im Spiegel der Empirie

Auffälligstes Merkmal der deutschen Nachkriegsentwicklung sind die zunächst hohen Wachstumsraten, die mit zwölf Prozent im Jahr 1955 ihren Höhepunkt erreichten und seitdem einen abwärtsgerichteten Trend aufweisen. In den sechziger Jahren lag der Durchschnitt der jährlichen Wachstumsraten noch bei 4,4 Prozent, während er in den siebziger auf 2,7 Prozent und in den achtziger Jahren auf 2,3 Prozent absank. In den neunziger Jahren, in denen nur noch durchschnittlich 1,9 Prozent Wachstum erzielt wurden, setzte sich dieser dekadenübergreifende Trend fort (vgl. Afheldt 1994). Spiegelbildlich zu dieser Entwicklung nahm die Arbeitslosigkeit zu. In den sechziger Jahren betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen

durchschnittlich lediglich 223.000, in den sieziger Jahren waren es im Durchschnitt 551.000 und in den achtziger Jahren vervierfachte sich dieser Wert auf rund zwei Millionen Arbeitslose. Mit durchschnittlich 3,3 Millionen Arbeitslosen erreichte die Arbeitslosigkeit in den neunziger Jahren ihren bisherigen Nachkriegshöchststand, während die Wachstumsraten gleichzeitig ihren Tiefstand erreichten.

Die Folgen dieser Entwicklung sind bekannt: steigende Belastungen der Sozialversicherungen (vor allem der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung) und steigende Ausgaben für soziale Leistungen des Staates. Zusammen mit den fahrlässig unterschätzten finanziellen Aufwendungen für die deutsche Einheit hat diese Entwicklung zu einem starken Anstieg der Staatsverschuldung geführt und in der Folge vielfältige Debatten über die ›Zukunft des Sozialstaats‹ und den Um- beziehungsweise Abbau der sozialen Marktwirtschaft ausgelöst (vgl. Reuter 2001 a; 2001 b).

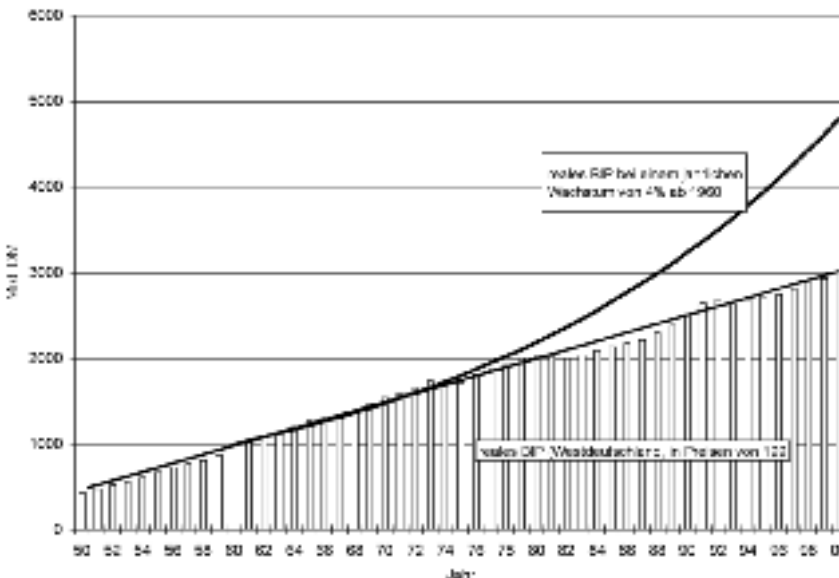
Angesichts dieser Entwicklung läßt sich der Eindruck kaum vermeiden, daß für die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart die sinkenden Wachstumsraten ursächlich sind. Es läßt sich leicht zeigen, daß deren Stabilisierung auf einem Niveau von beispielsweise bereits vier Prozent seit den sechziger Jahren dazu geführt hätte, daß das reale BIP heute um mehr als 50 Prozent höher liegen würde. Die Erwirtschaftung eines derart gestiegenen BIP würde nicht nur jede vorhandene Arbeitskraft erfordern, sondern die knapp vier Millionen Arbeitslosen würden unter den gegenwärtigen Arbeitszeit- und Produktivitätsbedingungen nicht einmal ausreichen, das nötige Arbeitsvolumen aufzubringen (vgl. Reuter 1998: 37 ff.). Insofern ist leicht einzusehen, daß ein höherer Wachstumspfad das Problem der Arbeitslosigkeit wie alle Folgeprobleme gar nicht erst hätte entstehen lassen. Die breite Aufmerksamkeit richtet sich damit auf die Frage, warum es zu dem dekadentübergreifenden Rückgang der Wachstumsraten gekommen ist. Hieran schließt sich unmittelbar die Vermutung an, daß es in der Vergangenheit zur Herausbildung von Faktoren gekommen sein muß, die die anfangs noch dynamische und Vollbeschäftigung produzierende Wirtschaft sukzessive behindert haben. Insbesondere folgende Ursachen werden in dem Zusammenhang genannt: Zunehmende Regulierungen, zu hohe Steuerbelastungen und Übertreibungen bei der Mitbestimmung, die den Unternehmern ihren Handlungsspielraum genommen haben; zu starke Gewerkschaften, die zu hohe Löhne durchgesetzt haben; saturierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zunehmend inflexibel auf neue Herausforderungen reagieren. Abgeleitete wirtschaftspolitische Forderungen lauten schlagwortartig zusammengefaßt: Deregulierung, Flexibilisierung, Stärkung der Unternehmerposition, Steuersenkungen auf breiter Front, Lohnspreizung etc. Diese unterschiedlichen Forderungen lassen sich auf die knappe Formel des ›Abwerfens von Ballast‹ bringen, der im Laufe der Zeit angesammelt wurde. Ein Abwerfen dieses Ballastes erscheint im Rahmen dieses Denkmodells als logische Voraussetzung für einen Aufbruch zu neuen Höhenflügen, sprich höheren Wachstumsraten.

So anschaulich und plausibel dieser Vergleich auf den ersten Blick auch ist, so wenig ist er geeignet, ein treffendes Bild der Realität zu zeichnen.

Die große Beachtung, die den jährlichen Wachstumsraten als Indikator einer erfolgreichen oder weniger erfolgreichen Entwicklung geschenkt wird, übersieht die Tatsache, daß Wachstumsraten als Ausdruck der prozentualen Veränderung des BIP keine Aussage über die absoluten wirtschaftlichen Zuwächse zulassen. Ein vierprozentiges Wachstum eines BIP von zum Beispiel einer Billion DM erfordert nun einmal einen wesentlich geringeren Anstieg des jährlichen BIP als die gleiche prozentuale Steigerung eines BIP von zum Beispiel drei Billionen. Im letzteren Falle bedeutet ein vierprozentiger Anstieg einen real dreifach so hohen Zuwachs des BIP im Vergleich zum ersten Fall. An diesem Beispiel wird das *Dilemma des vorherrschenden Denkens in Wachstumsraten* deutlich: Gleiche Wachstumsraten bedeuten keineswegs eine real konstante Steigerung des Sozialprodukts, sondern erfordern eine von Jahr zu Jahr exponentiell zunehmende. Umgekehrt haben real konstante Zunahmen der Wirtschaftsleistung notwendigerweise abnehmende Wachstumsraten zur Folge. Insofern folgt aus abnehmenden Wachstumsraten, auf die die wirtschaftswissenschaftliche wie -politische Diskussion der Gegenwart fast ausschließlich Bezug nimmt, keineswegs eine abnehmende Wirtschaftsdynamik. Sinkende Wachstumsraten sind auch dann zu verzeichnen, wenn eine ungebrochen konstante Zunahme des BIP vorliegt, von einer real abnehmenden Dynamik also keine Rede sein kann.

Die Bedeutung dieser einfachen, aber vielfach übersehenen oder vernachlässigten Zusammenhänge wird deutlich, wenn man den langfristigen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland analysiert. Statt einen exponentiellen Wachstumstrend zeigt die langfristige Entwicklung des jährlichen BIP einen nahezu idealtypischen *linearen* Verlauf, das heißt, *die Steigerung des BIP pro Jahr war in den neunziger Jahren im Durchschnitt nicht niedriger als in den fünfziger und sechziger Jahren* (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:
Tatsächliche und erwartete
Entwicklung des realen
Bruttoinlandsprodukts
in Deutschland
(alte Bundesländer)



Eine nicht auf Wachstumsraten fixierte Beurteilung der Entwicklung kommt also zu dem Ergebnis, daß die wirtschaftliche Expansion heute genauso kräftig ist, wie vor einigen Jahrzehnten. Diese Folgerung hat auch dann Bestand, wenn man die Analyse auf andere Industrieländer ausweitet. Insofern läßt sich die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auch nicht als ›Sonderweg‹, als Beleg einer falschen Ordnungs-, Wirtschafts- und/oder Sozialpolitik beschreiben. Wie Abbildung 2 zeigt, in der für einzelne Dekaden und einzelne Länder der Übersicht halber Wachstumsdurchschnittswerte gebildet wurden, ist auch in anderen Industrieländern ein dekadenübergreifender Trend abnehmender Wachstumsraten zu verzeichnen.²

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Veränderung gegenüber den Vorjahren in v. H./10-Jahres-Durchschnitte)

2 Dem Schaubild liegen folgende Werte für das BIP-Wachstum zugrunde (in Klammern BIP/Kopf):

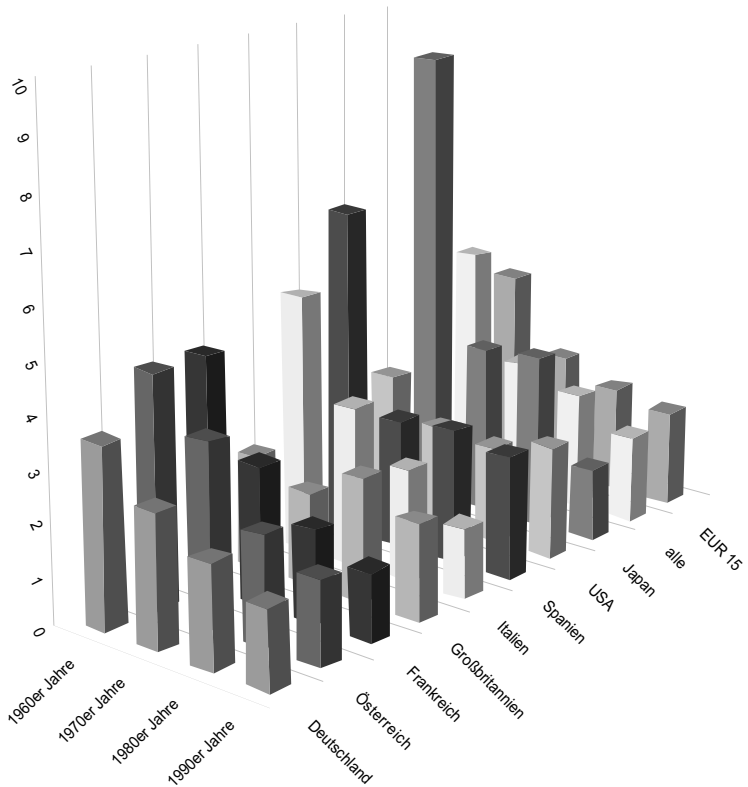
Deutschland
1960er Jahre 4,4 (3,5)
1970er Jahre 2,7 (2,6)
1980er Jahre 2,3 (2,0)
1990er Jahre 1,9 (1,5)

Österreich
1960er Jahre 4,7 (4,5)
1970er Jahre 3,7 (3,5)
1980er Jahre 2,3 (2,1)
1990er Jahre 2,1 (1,6)

Frankreich
1960er Jahre 5,6 (4,5)
1970er Jahre 3,3 (2,7)
1980er Jahre 2,4 (1,8)
1990er Jahre 1,8 (1,3)

Großbritannien
1960er Jahre 2,8 (2,2)
1970er Jahre 1,9 (1,8)
1980er Jahre 2,7 (2,4)
1990er Jahre 2,2 (1,9)

Italien
1960er Jahre 5,7 (5,0)
1970er Jahre 3,6 (3,1)
1980er Jahre 2,2 (2,2)
1990er Jahre 1,6 (1,4)



Quelle für Grunddaten: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten, Tab. 1* und Tab. 3*, laufende Ausgaben (eigene Berechnungen).

Angesichts der Tatsache, daß trotz verschiedenartiger Wirtschaftsverfassungen, unterschiedlichster Wirtschaftspolitiken, sich im Zeitverlauf abwechselnder Regierungen mit jeweils eigenen wirtschaftspolitischen Ansätzen, deren Ausrichtung von stark liberalistisch bis hin zu stark interventionistisch reicht, überall ein weitgehend linearer Wachstumstrend mit entsprechend abnehmenden Wachstumsraten zu verzeichnen ist, liegt es nahe, zuallererst nach Ursachen zu suchen, die diesen realexistierenden Wachstumstrend erklären können und gleichzeitig – wegen der aufgezeigten länderübergreifenden Parallelentwicklung – gegenüber wirtschafts- und ordnungspolitischen

Einflüssen weitgehend resistent sind. Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen braucht nicht weiter begründet zu werden, daß nicht die zurückgehenden Wachstumsraten erklärungsbedürftig sind. Nur eine unreflektierte Bezugnahme kann deren Rückgang als Folge der Herausbildung wachstumshemmender Faktoren interpretieren, die es zuerst zu benennen und dann abzuschaffen gelte. Ein prominentes ›Opfer‹ dieses Denkens in Wachstumsraten ist beispielsweise *Mancur Olson* (1991; 1992/1965), der auf der Suche nach bremsenden Faktoren auf die sukzessive Herausbildung von ›Verteilungscoalitionen‹ (vor allem Lohn- und Preiskartelle) hingewiesen hat, die im Laufe der Nachkriegsentwicklung immer mächtiger geworden seien und so ihre Partialinteressen bei den politischen Entscheidungsträgern zunehmend hätten besser durchsetzen können und auf diese Weise den Wachstumsrückgang verursacht hätten. Die Fixierung auf die statistische Größe ›Wachstumsrate‹ ist dabei so umfassend, daß an keiner Stelle der Unterschied zwischen (sinkenden) prozentualen und (konstanten) absoluten BIP-Zuwächsen in den Blick kommt. In dem Fall wäre eine Diskussion nicht zu vermeiden gewesen, warum der absolute Zuwachs des jährlichen BIP vor der Herausbildung wirtschaftshemmender mächtiger ›Verteilungscoalitionen‹ nicht höher war. Diese für die Erklärung tatsächlicher Wachstumsverläufe zentrale Frage steht im folgenden im Mittelpunkt.

	Spanien
1960er Jahre	7,5 (6,4)
1970er Jahre	3,5 (2,5)
1980er Jahre	3,0 (2,6)
1990er Jahre	3,0 (2,4)
	USA
1960er Jahre	4,2 (2,8)
1970er Jahre	3,1 (2,0)
1980er Jahre	2,9 (1,9)
1990er Jahre	3,2 (2,2)
	Japan
1960er Jahre	10,1 (9,0)
1970er Jahre	4,4 (3,3)
1980er Jahre	4,0 (3,4)
1990er Jahre	1,7 (1,4)
	Alle
1960er Jahre	5,8 (4,7)
1970er Jahre	3,2 (2,7)
1980er Jahre	2,8 (2,3)
1990er Jahre	2,0 (1,7)

Die Entwicklung des absoluten BIP-Wachstums als Explanandum

Bereits *Adam Smith* (1990/1776: 558) und rund 150 Jahre später fast wortgleich *John Maynard Keynes* (1983/1936: 89) haben betont, daß »der Verbrauch allein ... Ziel und Zweck einer jeden Produktion (ist)...« In Anerkennung der zentralen Bedeutung der Nachfrage sind auch die folgenden Überlegungen von der Frage geprägt, ob die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, also die Absorptionsfähigkeit eines Wirtschaftssystems, grundsätzlich von der Produktionsfähigkeit her definiert verstanden werden kann, ein hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibendes, nichtexponentielles Wachstum also eine jeweils fehlerhafte Wirtschaftsordnung und/oder -politik dokumentiert. Knapper könnte man das Problem auch so formulieren: Kann die Produktionsfähigkeit eines Wirtschaftssystems dessen Absorptionsfähigkeit übersteigen, so daß ein maximal mögliches (exponentielles) Wachstum dauerhaft verfehlt wird?

Grenzen der Absorptionsfähigkeit eines Wirtschaftssystems gehören nicht zum Untersuchungsgegenstand der Ökonomik. Traditionell wird aus der Unbegrenztheit menschlicher Bedürfnisse auf eine prinzipiell schrankenlose Nachfragesteigerung geschlossen, so daß die Nachfrage jedes beliebig große, durch die Produktivitätsentwicklung definierte Angebot aufzunehmen in der Lage ist. Eine detaillierte Überprüfung dieser These setzt eine differenzierte Analyse des vielschichtigen Verhältnisses von Bedürfnissen, Bedarf und kommerzieller Nachfrage voraus, ein Thema, nach dem man in der Ökonomik ebenfalls vergeblich sucht. Nur wenn sich nachweisen ließe, daß unbegrenzte Bedürfnisse tatsächlich zu einer über alle Schranken wachsenden, über Märkte sich artikulierenden Nachfrage pro Zeiteinheit führen (könnten), fände die These einer unbegrenz-

	EU (15 Staaten)
1960er Jahre	4,8 (4,0)
1970er Jahre	3,0 (2,5)
1980er Jahre	2,4 (2,1)
1990er Jahre	2,2 (1,9)

ten Wachstumsmöglichkeit und -notwendigkeit Bestätigung. Obwohl diese Problematik die Grundlagen der Ökonomik betrifft, wurde lange Zeit nicht einmal zwischen Bedürfnissen und Bedarfen unterschieden (vgl. Scherhorn 1959: 7; Schmolders 1978: 100). *Meyer-Abich* (1979: 73) hat deshalb zu Recht die Ökonomik dahingehend kritisiert, daß »wer Bedürfnis, Bedarf und Nachfrage nicht unterscheidet, ignoriert oder mißversteht den Sinn des Wirtschaftsprozesses«.

Zur klaren Trennung von Bedürfnissen und Bedarf lassen sich erstere mit *Scherhorn* (1959: 56) als »...leibseelische Determinante menschlichen Verhaltens, die als Gefühl und Vorstellung erlebbar wird...«, definieren, während Bedarf immer raum- und zeitgebunden ist, also »...objektiv zur Befriedigung der ›Bedürfnisse‹ notwendig ist« (Schaefer 1978: 19). Mit anderen Worten: Selbst die genaue Kenntnis individueller Bedürfnisse läßt noch keine Rückschlüsse auf den konkreten Bedarf zu. Dieser hängt einerseits von den spezifischen persönlichen Vorlieben, Wertvorstellungen, Gewohnheiten und Kenntnissen, andererseits von den objektiven gesellschaftlichen Gegebenheiten ab, wobei beide Seiten sich gegenseitig bedingen. Bedarf definiert sich also vollständig durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Hieraus folgt, daß *ein* Bedürfnis je nach Zeit und Raum auf unterschiedlichste Art und Weise befriedigt wird. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Bedürfnissen und Bedarf – oder sogar zwischen Bedürfnissen und Konsum – besteht mithin nicht (vgl. Scherhorn 1959: 56).

Nach *Abraham Maslow* (1978/1954), dessen Bedürfnistheorie auch in der Ökonomik breite Akzeptanz genießt, reduziert sich der menschliche Bedürfniskosmos auf lediglich fünf hierarchisch angeordnete Bedürfnisklassen (physiologische Bedürfnisse, Sicherheitsbedürfnisse, soziale Bedürfnisse, Wertschätzungsbedürfnisse und schließlich Selbstverwirklichungsbedürfnisse). Nur die aus diesen Bedürfnissen resultierenden Bedarfe, nicht die Bedürfnisse selbst, unterliegen somit einem ständigen Wandel, wie auch Konsumforscher betonen: »Der Auffassung, daß die modernen ›technischen‹ Konsumgüter ›neuartige Bedürfnisse‹ decken, möchte ich mich, schon aus terminologischen Gründen nicht anschließen; m. E. befriedigen die neuen Güter ›alte‹ Bedürfnisse, die sich heute zunehmend im Bedarf an ›neuartigen‹ Gütern ökonomisch konkretisieren und auf ›neue‹ Art und Weise befriedigt werden« (Neuhauser 1964: 25; vgl. auch Galbraith 1970/1958: 157). Damit erfährt die These von der ›Unbegrenztheit menschlicher Bedürfnisse‹ eine erste inhaltliche Konkretisierung im Sinne einer Relativierung: Aus der UnbegrenztheitsThese folgt nicht, daß im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung immer neue Bedürfnisse entstehen. Darüber hinaus stellen Bedarfe, die nur über Märkte zu befriedigen sind, lediglich eine Teilmenge aus der Vielzahl möglicher konkreter Bedarfe dar. Mit Blick auf die vielfältigen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung kommt *Scitovsky* (1977: 73) sogar zu dem Ergebnis, daß die ökonomisch wirksam werdende Bedürfnisbefriedigung eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung hat.

Im folgenden soll jedoch die Erörterung auf verschiedene Aspekte des Zusammenhangs von unbegrenzten Bedürfnissen und wirtschaftlichem

Wachstum, mithin kommerzieller, sich auf Märkten artikulierender Nachfrage konzentriert werden (vgl. ausführlich Reuter 2000: 339-425).

Obwohl gerade die technische Entwicklung als wesentlicher Wachstumsmotor, eine hohe Innovationsgeschwindigkeit als Garant hoher wirtschaftlicher Zuwächse gelten, vermag eine differenziertere Analyse der technologischen Entwicklung diese zunächst offensichtliche Wachstumsbegründung nicht zu stützen. Die technologische Entwicklung beinhaltet gleichzeitig wachstumsfördernde wie wachstumsbremkende Momente. Ein wesentlicher Schritt, um diese Effekte auf das Wachstum abschätzen zu können, ist die Unterscheidung von Produkt- und Prozeßinnovationen.

Technischer Fortschritt in Gestalt von Prozeßinnovationen bedeutet die Herstellung konstanten Outputs mit sinkendem Input beziehungsweise die Herstellung von wachsendem Output mit konstantem Input. Mit technischem Fortschritt in Form von Prozeßinnovationen läßt sich demzufolge nur dann das Wachstum der Wirtschaft langfristig begründen, wenn entweder eine dauerhafte und genügend hohe Absatzsteigerung infolge einer hohen Preiselastizität der Nachfrage unterstellt wird, oder – bei Sättigungstendenzen mit Blick auf *einzelne* Produktlinien – jeweils kompensierende Produktinnovationen für möglich gehalten werden. Letztere müßten allerdings wegen der unterstellten Wachstumswirkung einen im Zeitverlauf wertmäßig steigenden Umschlag pro Zeiteinheit ermöglichen – und dies ad infinitum. Breiter Konsens besteht jedoch darüber, daß der fortgesetzte Konsum eines Produkts wegen abnehmenden Grenznutzens im zeitlichen Verlauf einzel- wie gesamtwirtschaftlich der Sättigung unterliegt. Als langfristig wichtigere Komponente für anhaltendes Wachstum muß daher die Produktinnovation eingestuft werden. Nur die Fähigkeit, auf immer höherem Konsumtionsniveau bislang unbekannte, gleichzeitig aber genügend attraktive Güter auf den Markt zu bringen, kann Sättigungstendenzen bei einzelnen Konsumgütern gesamtwirtschaftlich überkompensieren, so daß anhaltendes Wachstum möglich bleibt (vgl. Schaaff 1990: 126).

Allerdings erweist sich selbst die Anerkennung unbegrenzter Innovationsmöglichkeiten als nicht hinreichend, kontinuierliches Wachstum zu begründen (vgl. Reuter/Zinn 1999: 247 ff.). Sobald nämlich neue Produkte alte substituieren, also vorhandene Bedarfe lediglich ›besser‹ oder zumindest ›anders‹ befriedigen als bisherige, reduziert sich die Wachstumswirkung auf den Saldo von (wegfallender) alter und (hinzukommender) neuer Produktion. Kann die Produktinnovation einen konkreten Bedarf mit geringerem Aufwand an Produktionsfaktoren befriedigen, ist die Wachstumswirkung langfristig sogar negativ. Sobald ein neues Produkt ein altes vollkommen substituiert, kommt es über kurz oder lang zu einem umfassenden Produktions- und Beschäftigungsabbau in dem alten Produktionszweig, dem kein entsprechender Kapazitäts- und Beschäftigungsaufbau in dem innovativen Produktionsbereich gegenüberstehen muß und – wie das Sinken des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens bei steigendem BIP zeigt (vgl. Reuter 1998: 38) – in der Vergangenheit auch nicht gegenüberstand.

Nach Beispielen für diese Entwicklung braucht man nicht lange zu suchen: Nimmt man den Bedarf ›Musikhören‹, der einst mit dem

Schellackplatten-Grammophon, dann mit dem Vinylschallplatten-spieler und heute weitgehend mit dem Compact-Disk-Player befriedigt wird, zeigt sich, daß der Aufwand an Produktionsfaktoren zur Befriedigung dieses Bedürfnisses kontinuierlich abgenommen hat, was sich bereits an der realen Preisentwicklung bei den Abspielgeräten ablesen läßt, die in der Vergangenheit einen deutlichen Trend weg von aufwendiger Mechanik hin zur rationell herzustellenden Elektronik gezeigt haben. Werden Musiktitel in Zukunft nur noch ›immateriell‹ aus dem Internet heruntergeladen, reduziert sich der ökonomische Aufwand zur Befriedigung des Bedarfs ›Musikhören‹ noch einmal dramatisch. Vergleichbares gilt für viele andere Entwicklungen, denkt man etwa an die technologischen Veränderungen im Bereich der Bilderfassung (von der aufwendigen Daguerreotypie zur digitalen Photographie) oder allgemein an die neuen rationellen Möglichkeiten des Einkaufens über das Internet.

Letztlich entscheidet sich die Möglichkeit weiteren technologisch bedingten Wachstums an der Frage, inwieweit es gelingt, durch Produktinnovationen immer wieder *grundsätzlich neue* Gebrauchswerte zu schaffen, also neue Bedarfe zur Befriedigung vorhandener Bedürfnisse zu wecken, die *neben* vorhandene treten. Die Geschichte der Technik zeigt allerdings, daß es derartige, als ›revolutionär‹ zu bezeichnende Innovationen in unserer Zeit immer weniger gibt. Es fällt sogar schwer, überhaupt Produkte zu identifizieren, die in der jüngeren Vergangenheit grundsätzlich neue Gebrauchswerte geschaffen, das heißt, die nicht lediglich vorhandene Güter ganz oder teilweise substituiert haben. Vielmehr scheint die Entwicklung von Produktinnovationen auf hohem Versorgungsniveau die bereits zitierte Einschätzung zu bestätigen, daß jeweils nur ›alte‹ Bedürfnisse auf neue Art – in der Regel mit geringerem Einsatz von Produktionsfaktoren – befriedigt werden. Damit wären Hoffnungen auf den technischen Fortschritt als Garant und Auslöser beständig *steigender* realwirtschaftlicher Zuwächse verfehlt.

Aus der bisherigen Argumentation läßt sich schlußfolgern, daß aus unbegrenzten Bedürfnissen keineswegs die *Notwendigkeit* zu einer sich ständig beschleunigenden absoluten Zunahme des BIP resultiert. Bereits die *Möglichkeit* hierzu erscheint aus dieser Perspektive als realwirtschaftlich utopisch und nur theoretisch – wie in vielen den realwirtschaftlichen Bedingungen entzogenen ökonomischen Wachstumsmodellen – denkbar. Insofern kann die Absorptionsfähigkeit eines Wirtschaftssystems nicht als ad infinitum an dessen wachsende Produktionsfähigkeit (Produktivitätsfortschritt) gekoppelt verstanden werden. Während sich aus den vorangegangenen Überlegungen bereits grundsätzlich bestehende obere Grenzen der wirtschaftlichen Expansion begründen lassen, bietet die Anerkennung institutioneller Grenzen der Bedarfsentwicklung eine darüber hinausgehende Deutung des überwältigenden Trends konstanter absoluter Zuwächse, also der vorliegenden linearen wirtschaftlichen Expansionen.

Im Rahmen der Analyse des Verhältnisses von Bedürfnisbefriedigung und wirtschaftlichen Aktivitäten muß wegen des Zusammenhangs von sozioökonomischen Rahmenbedingungen und spezifischer Bedürfnisbefriedigung den gesellschaftlichen Institutionen be-

sondere Beachtung geschenkt werden. Institutionen als Ausdruck von Gewohnheit, Sitte, Glaube, Kultur etc. und damit als Faktoren, die maßgeblich menschliches Handeln bestimmen, wird in der neoklassischen Hauptströmung der Ökonomik traditionell keine Bedeutung zugemessen (vgl. Reuter 1998a: 61 f.; Richter/Furubotn 1996: 2). Erst seit wenigen Jahren ist eine Öffnung des wirtschaftstheoretischen mainstream für institutionentheoretische Fragestellungen festzustellen. Die *Neue Institutionelle Ökonomik* ist sichtbares Resultat dieses Bemühens. Allerdings steht die bedürfnistheoretische Debatte mit entsprechenden Folgen für das (neo)klassische Theoriegebäude bislang noch aus.³

Mit Blick auf den Zusammenhang von Bedürfnisbefriedigung und Wachstum hat die Vernachlässigung institutionentheoretischer Fragestellungen dazu geführt, daß *institutionelle* Grenzen der Nachfrageentwicklung beziehungsweise -steigerung im Rahmen der wachstumstheoretischen Debatte in der Ökonomik nicht in den Blick genommen wurden. Anknüpfend an Erkenntnisse der *Evolutionistischen Ökonomik* (vgl. Witt 1992: 39) sind unter institutionellen Grenzen der Bedarfsentwicklung *Beschränkungen des Konsumveränderungspotentials pro Zeiteinheit* zu verstehen.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten sind die das Handeln der Menschen gleichermaßen entlastenden wie steuernden Institutionen als eine mit Blick auf konkrete Zeiträume nicht oder nur begrenzt verschiebbare Barriere für Konsumsteigerungen im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums zu begreifen. Oder anders ausgedrückt: Institutionalisierte Konsummuster verfügen über eine hohe endogene Beharrungskraft (vgl. Leiss 1978: 144). Das entscheidende, in der Ökonomik hinsichtlich seiner Folgen kaum reflektierte Problem eines ›normalen‹ Wachstums liegt in dem erwähnten Umstand, daß gleiche Wachstumsraten aufgrund des Basiseffekts *beständig steigende* Zuwächse des Konsums pro Zeiteinheit notwendig machen. Dies erfordert aber eine ständig steigende Dynamik in der Veränderung von Konsumgewohnheiten. Mittels simpler Arithmetik läßt sich zeigen, daß bereits ein dreiprozentiges (vierprozentiges) Wachstum schon nach 50 Jahren (bei konstanter Konsumquote) eine Vervierfachung (Versiebenfachung) des Konsums pro Zeiteinheit nach sich ziehen müßte.

Sobald in Wachstumsüberlegungen die handlungsleitende und gleichzeitig handlungsbegrenzende Bedeutung von Institutionen einbezogen wird, erweist sich die Annahme, exponentielles Wachstum repräsentiere – zumindest näherungsweise – die charakteristische, typische, ›normale‹ oder ›gesunde‹ Entwicklung in der ›Langen Frist‹, als nicht haltbar. Die institutionentheoretische Perspektive zeigt, daß Konsumgewohnheiten einer evolutionären Entwicklung unterliegen (vgl. Behrens 1991: 237). Das heißt, daß sie in ihrer Veränderungsgeschwindigkeit von einem weitgehend konstanten ›anthropogenen Faktor‹ abhängen, der freilich von kulturellen Eigenheiten bestimmt ist, somit interkulturell variabel ist. Dies läßt die Schlußfolgerung zu, daß aufgrund habitualisierter Kaufentscheidungen die jährliche Steigerung des Sozialprodukts nur um einen weitgehend konstanten, freilich kulturell rückgebundenen Betrag möglich ist.

3 Auf Chancen und Möglichkeiten der Neuen Institutionenökonomik für eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung der Mainstream-Ökonomik bin ich an anderer Stelle ausführlich eingegangen – vgl. Reuter 1998 a und Reuter 2001.

Dieser theoretische Befund ist in der Lage, im Gegensatz zu allen anderen Konsumtheorien, die bislang weitgehend unbemerkte Realität linearer Wachstumsverläufe zu erklären.

Wirtschaftliche Entwicklung im Kontext der Debatte um Ökologie und Nachhaltigkeit – wirtschaftspolitische Konsequenzen

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich werden lassen, daß sich mit unbegrenzten Bedürfnissen kein exponentielles Wachstum begründen läßt. Dieser »ökonomische Kurzschuß« (Steiner 1999) resultiert aus der fehlenden, der komplexen Thematik adäquaten Einbeziehung der Bedürfnisfrage in den Gegenstandsbereich der Ökonomie. Nur durch die unreflektierte Gleichsetzung von unbegrenzten Bedürfnissen mit über Märkte zu befriedigendem Bedarf einerseits und der effektiven Nachfrage andererseits kann die vorliegende dominante Wachstumsorientierung als Konsequenz menschlichen Seins legitimiert werden. Nur wenn »der Mensch« – gewissermaßen genetisch bedingt – nach einer *immer schnelleren* Vergrößerung der wirtschaftlichen Leistung verlangen würde, stellte sich der Ökonomik tatsächlich die Aufgabe, theoretisch zu klären und wirtschaftspolitisch zu erläutern, warum sich eine immer größer werdende »Produktionslücke« zwischen tatsächlichem und unter Vollauslastung aller Produktionsfaktoren möglichem BIP in der Vergangenheit herausgebildet hat.

Wie unreal diese Perspektive ist, zeigt sich aber bereits darin, daß jede Form von exponentiellem Wachstum in den Industrieländern – je nach Höhe früher oder später – an Grenzen der ökologischen Belastung der Erde stoßen würde. Gleichzeitig würde diese Entwicklung den Ländern, die zur Sicherstellung des bloßen Subsistenzniveaus der Bevölkerung noch lange Zeit auf ein hohes Wirtschaftswachstum angewiesen sind, Entwicklungschancen nehmen.

Offensichtlich beschreibt ein exponentielles, also ein ständig steigendes absolutes Wachstum aber nicht die Realität der wirtschaftlichen Expansion entwickelter Industrieländer. Vielmehr ist ein lineares Wachstum mit sinkenden Wachstumsraten der dominante Trend, der zudem einer anthropogenen Erklärung zugänglich ist. Hieraus läßt sich *auf ein alternatives Referenzmodell langfristiger Entwicklungsverläufe* schließen: Nicht die Produktions-, sondern die Absorptionsfähigkeit, das heißt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage determiniert das Wachstum in der »Langen Frist«. Damit käme nicht der Angebots-, sondern der Nachfrage Theorie eine besondere Relevanz bei der Erklärung langfristiger Wachstumsverläufe zu, was wiederum alternative wirtschaftspolitische Ansätze nach sich ziehen würde.

Da die gegenwärtigen niedrigen Wachstumsraten nicht als Defizit im Vergleich zu vorangegangenen Dekaden interpretiert werden können, ist angebotstheoretischen (neoliberalen) »Entfesselungsstrategien« (Forderung nach Deregulierung, Flexibilisierung, Liberalisierung etc.) weitgehend der argumentative Boden entzogen. Sie erweisen sich in diesem Fall als theoretisch unbegründet und praktisch kontraproduktiv. Sobald sich die Erkenntnis durchsetzt, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung eine dekadentübergreifende »Normalität« darstellt, somit keine ökologisch und sozial desaströse

neoliberale Gegensteuerung erfordert, könnte mehr ›Ruhe in das System‹ kommen. Statt immer radikalere Maßnahmen zum Zwecke der endgültigen Erreichung höherer Wachstumsraten zu fordern und durchzusetzen, würde der sozialverträgliche Umgang mit den tatsächlichen, weitgehend konstanten wirtschaftlichen Zuwächsen in den Mittelpunkt rücken. Vor diesem Hintergrund erhielten Forderungen nach einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung wieder eine Chance, die heute auf jene Zeiten verwiesen werden, in denen über höheres Wachstum die eingangs erwähnten Probleme in den Industrieländern gelöst sein werden. Da dies aber der St. Nimmerleinstag sein wird, wird die Ökologiedebatte so lange keine Bedeutung haben, wie noch der Glaube an Normalität und Herstellbarkeit exponentieller Wachstumsverläufe vorherrscht. Aus dieser Erkenntnis folgt, daß die Lösung ökologischer, sozialer, arbeitsmarkt- und verteilungsbedingter Probleme nicht auf eine Zukunft mit (wieder) höheren Wachstumsraten vertagt werden darf, sondern unter den *gegenwärtigen* Bedingungen angegangen werden muß. Hiermit verbunden ist eine Stärkung solcher wirtschaftspolitischer Konzepte, die die primäre Lösung nicht in einer Verteilung (ohnehin ausbleibender) höherer Wachstumsgewinne in der Zukunft, sondern in der besseren Verteilung des *gegenwärtig* erzeugten Sozialproduktes und des *gegenwärtig* vorhandenen Arbeitsvolumens sehen. Diese Forderung einer gegenwartsbezogenen Wirtschaftspolitik unterstreicht auch der von *Keynes* (1971/1923: 65) bereits 1923 gegen die klassische und neoklassische Theorie vorgebrachte Einwand: »In the long run we are all dead.« Insofern erscheint die Aufklärung über Realität und Chancen wirtschaftlichen Wachstums als erstrangige Aufgabe einer ökologischen Ökonomik.

Literatur

- Afheldt, Horst (1994): Wohlstand für Niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, Frankfurt a.M./Wien.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1999): Memorandum '99. Mehr Konsequenz beim Kurswechsel – Vorrang für Beschäftigung, Umwelt und Gerechtigkeit, Köln.
- Bartmann, Hermann (1999): Ökologische Wirtschaftspolitik im Rahmen einer postkeynesschen Analyse, in: Helmedag, F./Reuter, N. (Hrsg.), Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg, S. 395-419.
- Behrens, Gerald (1991): Konsumentenverhalten. Entwicklung, Abhängigkeiten, Möglichkeiten, Heidelberg.
- BUND/Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel.
- Daly, Herman E. (1987): The Economic Growth Debate: What Some Economists Have Learned But Many Have Not, in: Journal of Environmental Economics and Management, vol. 14, p. 323-336.
- Daly, Herman E. (1991): Steady State Economics (2. ed. with new essays), Washington D.C./Covelo (Cal.).
- Daly, Herman E. (1996): Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development, Boston.
- Galbraith, John Kenneth (1970/1958): Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich.
- Hinterberger, Friedrich (1998): Leitplanken, Präferenzen und Wettbewerb: Grundlagen einer ökonomischen Theorie ökologischer Politik, in: Renner, A./Hinterberger, F. (Hrsg.), Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus, Baden-Baden, S. 75-92.
- Keynes, John Maynard (1971/1923): A Tract on Monetary Reform, The Collected Writings of John Maynard Keynes, vol. 4, London/Basingstoke.
- Keynes, John Maynard (1983/1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.
- Leiss, William (1978): Die Grenzen der Bedürfnisbefriedigung, in: Duve, F. (Hrsg.), Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise, Bd. 12: Die Zukunft der Ökonomie 1, Reinbek bei Hamburg, S. 128-151.
- Maslow, Abraham H. (1978/1954): Motivation und Persönlichkeit, Olten/Freiburg i.B.
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella H./Zahn, Erich/Milling, Peter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.
- Meadows, Donella H./Meadows, Dennis L./Randers, Jørgen (1993): Die neuen Grenzen des Wachstums, Reinbek bei Hamburg.
- Meyer-Abich, Klaus Michael (1979): Kritik und Bildung der Bedürfnisse. Aussichten auf Verän-

- derung der Nachfrage- und Bedarfsstruktur, in: Ders./Birnbacher, D. (Hrsg.), Was braucht der Mensch, um glücklich zu sein. Bedürfnisforschung und Konsumkritik, München, S. 58-77.
- Neuhauser, Gertrud (1964): Zur Frage der Konsumneigung in der wachsenden Wirtschaft, in: Ohm, H. (Hrsg.), Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik. Gedächtnisschrift für Hans-Jürgen Seraphim, Berlin, S. 21-39.
- Olson, Mancur (1991): Umfassende Ökonomik, Tübingen.
- Olson, Mancur (1992/1965): Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen.
- Prieue, Jan (1999): Von Rom nach Wuppertal? Auf der Suche nach den ökologischen Grenzen des Wachstums. Ökologische Leitplanken für nachhaltige Entwicklung, in: Helmedag, F./Reuter, N. (Hrsg.), Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg, S. 421-441.
- Reuter, Norbert (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg.
- Reuter, Norbert (1998a): Institutionen in der Ökonomik – zum Verhältnis von ›alter‹ und ›neuer‹ Institutionenökonomik, in: Elsner, W./Engelhardt, W. W./Glastetter, W. (Hrsg.), Ökonomie in gesellschaftlicher Verantwortung. Sozialökonomik und Gesellschaftsreform heute. Festschrift zum 65. Geburtstag von Siegfried Katterle, Berlin, S. 61-91.
- Reuter, Norbert (2000): Ökonomik der ›Langen Frist‹. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Reuter, Norbert (2001a): Arbeitgeber-Marktwirtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 46, Nr. 10, S. 1167-1170.
- Reuter, Norbert (2001b): Aufbruch in die Vergangenheit. Die Initiative ›Neue Soziale Marktwirtschaft‹ missachtet Traditionen, auf die sie sich beruft, in: Die Zeit, Nr. 42, S. 31.
- Reuter, Norbert/Zinn, Karl Georg (1999): Die ökonomischen Folgen der Technik. Technologischer Wandel im Spannungsfeld von Wohlstandswachstum, Strukturwandel und Arbeitslosigkeit, in: Kerner, M./Kegler, K. (Hrsg.), Der vernetzte Mensch. Sprache, Arbeit und Kultur in der Informationsgesellschaft, Aachen, S. 235-259.
- Richter, Rudolf/Furubotn, Eirik G. (1996): Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung, Tübingen.
- Sachs, Wolfgang (Hrsg.)(1994): Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik, Berlin u.a.
- Schaaff, Herbert (1990): Sättigung und Stagnation aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Sicht, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Bd. 19, Nr. 3, S. 123-128.
- Schaefer, Hans (1978): Bedürfnis und Bedarf des Menschen in medizinischer Sicht, in: Moser, S./Ropohl, G./Zimmerli, W. Ch. (Hrsg.), Die ›wahren‹ Bedürfnisse oder: wissen wir, was wir brauchen?, Basel/Stuttgart, S. 19-34.
- Scherhorn, Gerhard (1959): Bedürfnis und Bedarf. Sozialökonomische Grundbegriffe im Lichte der neueren Anthropologie, Berlin.
- Schmölders, Günter (1978): Bedürfnis und Bedarf, in: Moser, S./Ropohl, G./Zimmerli, W. Ch. (Hrsg.), Die ›wahren‹ Bedürfnisse oder: wissen wir, was wir brauchen?, Basel/Stuttgart, S. 99-110.
- Scitovsky, Tibor (1977): Psychologie des Wohlstands. Die Bedürfnisse des Menschen und der Bedarf des Verbrauchers, Frankfurt a.M./New York.
- Smith, Adam (1990/1776): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Aus dem Englischen übertragen und mit einer umfassenden Würdigung des Gesamtwerkes herausgegeben von Horst Claus Recktenwald (vollständige Ausgabe nach der 5. Aufl. [letzter Hand], London 1789), München.
- Steiner, Helmut (1999): Der Kurzschluß der Marktwirtschaft. Instrumentalisierung und Emanzipation des Konsumenten, Berlin.
- Witt, Ulrich (1992): Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der evolutorischen Ökonomik, in: Biervert, B./Held, M. (Hrsg.), Evolutorische Ökonomik. Neuerungen, Normen, Institutionen, Frankfurt a.M./New York, S. 23-55.